

Weisth

REDEN



Rede beim Sozialistenprozeß

(25 Jahre)

Wiener Landesgericht, 16. März 1936 (Auszug)

Zur Zeit der Auflösung des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend bekleidete ich die Funktion eines Obmannes des Reichsbildungsausschusses der Arbeiterjugend, wozu ich auf dem Verbandstag in Salzburg im Jahre 1933 von 600 Vertrauensleuten gewählt wurde. Durch die Auflösung wurde die Ausübung meiner Funktion wohl unmöglich, doch fühlte ich mich, solange diejenigen, die mich damals wählten, nicht die Möglichkeit haben, mich abzuberufen, *weiter als ihr Vertrauensmann*.

Eine andere Einstellung wäre ein Vertrauensbruch gewesen. Aus diesem Grunde habe ich es auch als meine Pflicht angesehen, nach Brünn zu einer Zusammenkunft ehemaliger Vertrauensleute zu fahren.

Ich leugne nicht, gelegentlich Freunde aus der Arbeiterbewegung getroffen zu haben und habe mit ihnen selbstverständlich über die Ereignisse des Februar und der Zeit nachher gesprochen. Ebenso leugne ich auch gar nicht, von Zeit zu Zeit verbotene politische Schriften und Bücher gelesen zu haben.

Jeder Österreicher, der wissen will, was wirklich in der Welt und im Lande los ist, kann ja diese Kenntnisse nur aus den Zeitungen des demokratischen Auslandes oder aus den verbotenen schöpfen.

In unserem Lande werden nicht nur für das Regime unangenehme Nachrichten unterdrückt, es ist den Zeitungen auch untersagt, keine andere als die der Regierung genehmen Kommentare zu verbreiten. Über diesen Prozeß darf z. B. nur die Amtliche Nachrichtenstelle berichten . . .

Vorsitzender (unterbrechend): Das gehört nicht zur Sache.

Kreisky (fortfahrend): Man gebe den Arbeitern das, was sie seit mehr als einem halben Jahrhundert gehabt haben: eine freie Zeitung – und niemandem wird es einfallen, illegale Zeitungen zu lesen, zu verbreiten und zu schreiben.

Ich habe schon gesagt, daß ich nach wie vor Sozialist bin. Weder die Taten der Regierung noch die aufmerksamste Lektüre nichtsozialistischer und antimarxistischer Werke – wozu ich während meiner Haft ausgiebig Gelegenheit hatte – ließen mir eine andere Lösung als die des Sozialismus als möglich erscheinen. Ich halte weiterhin den Klassenkampf für das einzige Mittel der Befreiung der Arbeiterschaft. Man erzählt heute, daß in Österreich der Klassenkampf abgeschafft ist. Aber der von der Regierung eingesetzte Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft *Dr. Tino Polla* – übrigens charakteristisch, daß in Österreich der Vertreter der Metallarbeiter ein Doktor und kein Arbeiter ist –, dieser *Dr. Polla* schreibt selbst anläßlich des Konfliktes bei den Fiat-Werken . . .

Vorsitzender: Das hat mit dem Prozeß gar nichts zu tun, das können Sie nicht sagen.

Kreisky (fortfahrend): Man hat die Arbeiter wehrlos gemacht, ihnen alles genommen und gibt ihnen dafür Versprechungen. Eine „echte Demokratie“ soll kommen, in der 50 000 Arbeiter dasselbe Recht haben wie 50 Unternehmer. Das hat man ihnen aber erst versprochen! Gegeben hat man ihnen eine Gewerkschaft, die keine ist, man gibt ihnen Vertrauensmänner, die kein Vertrauen haben, denn sie sind ernannt und nicht gewählt. Der Industriellenbund allerdings wählt sich die seinen! Und was Millionen in diesem Lande nur grollend ertragen, das heißt christlicher Ständestaat.

1933

Klassen-
kampf

Revolution
LASSALLE
In der Anklageschrift wird uns vorgeworfen, daß wir den Klassenkampf mit revolutionären Mitteln führen wollen, also für die Revolution sind. Auch das zu leugnen, fällt mir nicht ein, nur ist es ganz und gar falsch, zu behaupten, eine Revolution könne nur Bürgerkrieg und blutige Gewalt bedeuten. *Ferdinand Lassalle* sagt in seiner Schrift „Die Wissenschaft und die Arbeiter“: „Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets eingetreten, wenn, gleichviel, ob mit oder ohne Gewalt – auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an – ein neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird.“ Gewiß sagt *Marx*, daß die Gewalt die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaft ist, aber er sagt auch: Die Idee wird Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Indem also unsere Idee immer größere Teile des Volkes für sich gewinnt, erlangen wir die Mehrheit und dadurch die Macht. Wir haben jedoch in unserem Lande nicht die Möglichkeit, unsere Idee zu vertreten – ihre Bekenner wandern in den Kerker.

Man gebe uns das, was die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs und anderer Länder als selbstverständliches Recht hat: die Freiheit der Idee – und es wird keine illegale sozialistische Bewegung geben!

Überdies kann man an hunderten Beispielen nachweisen, daß die blutige Gewalt von der anderen Seite kommt.

Nicht wir waren es, die den freigewählten Bürgermeister von Wien aus dem Rathaus fortgeschleppt haben . . .

Vorsitzender (unterbrechend): Das gehört nicht hierher, das lasse ich nicht zu.

Kreisky (fortfahrend): Gewiß wünschen wir als Sozialisten, daß sich die kommende Entwicklung auf dem Boden der Humanität vollziehe. Aber die Ereignisse sind vielfach davon abhängig, wie stark die Rachegefühle nach den erlittenen Qualen sind.

Darüber aber entscheiden nicht wir, darüber entscheiden die augenblicklich Herrschenden – sie haben es also in der Hand!

Wir sind gegen jeden Putsch und jeden Terror, vor allem deshalb, weil wir nicht so töricht sind, uns mit unserem Gegner auf einem Felde, auf dem er uns ungeheuer überlegen ist, zu messen. Einen Staat, der jährlich viele hunderte Millionen für seine Exekutive ausgibt, den kann man nicht mit Krampen und Schaufeln besiegen.

Unser Land ist klein und vom Ausland abhängig; wie sehr es das ist, beweisen die ständigen Bemühungen um Garantierung unserer Unabhängigkeit durch die Großmächte. Es ist durchaus denkbar, daß unter dem Einfluß von Linksregierungen in den für Österreich wichtigen Staaten diese Mächte erklären, daß sie nur dann bereit wären, die österreichische Unabhängigkeit zu garantieren oder Österreich in seinen chronischen Finanznöten beizustehen, wenn in Österreich ein System herrscht, das die Zustimmung des österreichischen Volkes hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Bauern mit den Arbeitern für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte zusammenschließen; die Rückkehr zur Demokratie muß nicht eine Folge blutiger Kämpfe sein. Es ist auch möglich, daß die Regierung in einem ersten Moment die breiten Massen des Landes zur Verteidigung der Grenzen aufrufen muß.

Aber nur ein demokratisches Österreich wird dieses Volksaufgebot zustande bringen. Nur freie Bürger werden gegen Knebelung kämpfen.

Denken Sie an die heldenhaften Februarkämpfer – so wird fast ein ganzes Volk leidenschaftlich seine Freiheit verteidigen! Ich erinnere daran, daß, als vor einigen Jahren *Mussolini* gedroht hat, die Trikolore über den Brenner zu tragen, die Arbeiterschaft sich auf Ersuchen der Regierung bereit erklärt hat, das Land zu verteidigen. (Der Vorsitzende läßt *Kreisky* nicht weiterreden – über *Mussolini* darf man in Österreich nicht die Wahrheit sagen!)

Daß man uns jetzt einen Hochverratsprozeß macht, beweist dagegen gar nichts. *Es hat in Österreich schon früher Hochverratsprozesse gegeben.* Damals war unsere Partei ebenso verfehmt und verfolgt wie heute. Immer wieder stand *Viktor Adler* vor Gericht, viele Monate war er in Haft. Und doch – als die große Monarchie zusammenbrach, hat man ihn zum Kaiser gerufen, damit er helfe. Zum Dank hat man jetzt freilich gleich nach dem Februar sein Denkmal geschleift . . .

K. ADLER

„Die Wahrheit über die Berliner Konferenz“¹⁾ 1954 (43 Jahre)

260 Sitzungen und kein Ergebnis

Kurzvertrag* (W)

Im Mai 1950 sind die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag nach nicht weniger als 258 Sitzungen deshalb steckengeblieben, weil die Sowjetunion den Abschluß dieses Vertrages plötzlich mit der Triester Frage in Verbindung brachte. Alle Versuche der Westmächte, die Verhandlungen wieder in Fluß zu bringen, scheiterten am Widerstand der Sowjetunion, die ständig neue Bedingungen für die Teilnahme eines sowjetischen Vertreters an den Staatsvertragsverhandlungen stellte.

Triester Frage

Am 13. März 1952 überreichten die Vertreter der Westmächte der Sowjetregierung den Entwurf eines abgekürzten Vertrages, um, wie sie erklärten, auf Basis dieses neuen, vereinfachten Vertrages die blockierten Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Auf russischer Seite stieß dieser Vorschlag der Westmächte von allem Anfang an auf den heftigsten Widerstand, indem man diesen sogenannten „Kurzvertrag“ „als mit den Interessen des österreichischen Volkes in Widerspruch stehend“ erklärte. Auch die kommunistische Presse Österreichs bekämpfte – wie nicht anders zu erwarten war – den Kurzvertrag und bezeichnete ihn als ein teuflisches Instrument zur Versklavung Österreichs.

KPD

8 Artikel oder 59?

Es mag in diesem Zusammenhang interessant sein, die wesentlichsten Punkte des Kurzvertrages kurz wiederzugeben, damit sich der Leser selbst ein Bild von der „Gefährlichkeit“ dieses Vorschlages machen kann. Der Kurzvertrag enthielt zum Unterschied vom Staatsvertragsentwurf, der aus 59 Artikeln bestand, lediglich 8 Artikel. Im Artikel 1 dieses Kurzvertrages wird die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich festgelegt, im Artikel 2 wird der Anschluß Österreichs an Deutschland verboten, im Artikel 3 wird erklärt, daß als Grenzen Österreichs jene vom 1. Jänner 1938 gelten, im Artikel 4 wird festgelegt, daß sich die alliierten Streitkräfte und Besatzungsorgane innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages zurückziehen hätten, im Artikel 5 wird auf die Zahlung von Reparationen durch Österreich verzichtet, im Artikel 6 wird bestimmt, daß die alliierten Mächte innerhalb von 90 Tagen jene Werte zurückzustellen hätten, die sie als deutsches Eigentum in Österreich in ihren Besitz genommen oder beansprucht haben, wobei hierfür keine Ablösesumme fixiert wird. Die

¹⁾ Unter dem Pseudonym „Observator“ 1954 als Broschüre erschienen.